

Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Schluss mit Gewalt - klare Strukturen für die Reitschule

Unzählige Male wurde an die Betreiber der Reitschule appelliert, Sicherheitsprobleme aktiv anzugehen. Die kürzlichen Ereignisse mit wiederholten Angriffen auf Blaulichtorganisationen zeigen, dass die Betreiber diese Probleme nicht selber lösen können. Ein wesentlicher Bestandteil möglicher Verbesserungen betrifft die Organisations-Struktur der Reitschule. Für die Motionäre ist klar, die Reitschule muss sich klarere Strukturen geben, damit sie konsequenter gegen Gewalttäter vorgehen kann, die in ihren Mauern Schutz suchen.

Da eine Strukturveränderung aus der Basis (Vollversammlung) chancenlos ist, muss die Stadt Bern mit ihren Möglichkeiten diesen Prozess einleiten. Die Stadt Bern und die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) handelnd durch die Vollversammlung regeln die Finanzielle Unterstützung über den Leistungsvertrag, gestützt auf das Reglement für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte (UeR) und deren Verordnung (UeV)

Die vorliegende Motion verlangt daher, dass die Stadt Bern bei der Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte entsprechende Vorschriften über die Verbindlichkeit der Organisations-Struktur von Vertragspartnern erlässt. Wie sie auch andere Vorschriften in der UeV zu diesem Reglement verordnet.

Gleichzeitig wird der Gemeinderat aufgefordert, dem Stadtrat eine neue Vereinbarung über die Organisation, Kommunikation und Sicherheit mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) vorzulegen, die in Abkehr zur geltenden Vereinbarung, basisdemokratische Strukturen durch eine verbindliche Organisation ersetzt und griffige durchsetzbare Sanktionsmassnahmen bei Verstössen gegen die Sicherheit enthält.

Der Gemeinderat wird aufgefordert folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Er unterbreitet dem Stadtrat einen Reglemententwurf mit entsprechenden Ausführungsbestimmungen, welcher verbindliche Strukturen für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte enthält.
2. Er unterbreitet dem Stadtrat eine Vorlage wie die basisdemokratische Struktur der Reitschule in eine verbindliche Kulturorganisation zu überführen ist (Genossenschaft o.ä.).
3. Er unterbreitet dem Stadtrat eine neue Vereinbarung über die Organisation, Kommunikation und Sicherheit mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) welche:
 - a) Auf basisdemokratische Strukturen verzichtet (Art. 3 neu)
 - b) Die Zuständigkeiten verbindlich regelt (Art. 7 neu)
 - c) Griffige Sanktionsmassnahmen für Sicherheitsverstösse enthält (Art. 18 neu)

Bern, 30. Oktober 2014

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Roland Jakob, Nathalie D'Addezio, Kurt Rügsegger, Simon Glauser, Manfred Blaser, Erich Hess

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden

Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Die Reitschule ist ein wichtiger Kultur- und Ausgangsbetrieb. Der Betrieb der Reitschule läuft mehrheitlich gut. Am Wochenende halten sich bei der Reitschule zeitweise sehr viele - meist junge - Menschen auf, schwatzen miteinander und geniessen die Stimmung. Leider halten sich phasenweise auch gewalttätige, aggressive Personen oder Gruppen auf dem Vorplatz auf. So kam es in den vergangenen zwei Jahren im Raum Schützenmatte zu Barrikaden, wiederholten Flaschenwürfen und Angriffen auf Mitarbeitende der Kantonspolizei, zu Angriffen auf BERNMOBIL, die Sanität, Verkehrsteilnehmende, Schaustellende der Messe „Schütz“ sowie auf Züge der SBB. Im Februar 2015 dehnten sich die gewaltsamen Angriffe auf die Polizeiwache in der Innenstadt aus. Für den Gemeinderat sind solche Gewaltvorfälle und Angriffe im Umfeld der Reitschule, des Vorplatzes und der Schützenmatte unhaltbar und inakzeptabel. Der Gemeinderat verurteilt solche Übergriffe und Gewalt auf Polizei und Dritte aufs Schärfste.

Seitens Reitschule wurden und werden Hausverbote gegenüber gewaltbereiten Personen ausgestellt. Auch hat die Reitschule bereits vor einigen Jahren das sogenannte „Wellness-Team“ eingeführt, welches auf dem Vorplatz regelmässig präsent ist, Streitereien schlichtet und bei Gewaltvorfällen interveniert. Diese Bestrebungen sind aus Sicht des Gemeinderats jedoch nicht ausreichend. Es gelingt gewaltbereiten Gruppen immer wieder, sich auf den Vorplatz oder in die Reitschule zurückzuziehen. Er erwartet, dass sich die IKuR unmissverständlich und konsequent von gewalttätigen Angriffen auf die Kantonspolizei und Dritte distanziert und sich in der Öffentlichkeit zur Gewaltfreiheit bekennt. Ausserdem erwartet der Gemeinderat, dass die Polizei bei ihren Einsätzen vom Sicherheitsdienst der Reitschule nicht behindert und bei strafbaren Handlungen beigezogen wird.

Zu Punkt 1:

In Leistungsverträgen können bereits heute Anforderungen an die Organisationsstruktur des Vertragspartners gestellt werden. Es bedarf dafür keiner Anpassung des Rechts (Reglemente oder Verordnungen).

Zu Punkt 2:

Auch der Gemeinderat ortet in der aktuellen Handhabung der Basisdemokratie durch die IKuR ein Demokratiedefizit, welches dem sicheren Betrieb der Reitschule abträglich ist. Gleichzeitig ist die Basisdemokratie ein zentraler Bestand der Reitschule. Der Gemeinderat ist daher nicht bereit, mittels Leistungsvertrag eine Anpassung der Organisationsform der IKuR zu fordern. Hingegen sollen im Leistungsvertrag juristisch griffige Instrumente integriert werden, um auf ungenügende Sicherheitsvorkehrungen und Gewaltvorfälle auf dem Vorplatz entsprechend zu reagieren.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Kredite zu den Leistungsverträgen mit der IKuR und der Grossen Halle von den übrigen Kulturverträgen zu entkoppeln und diese dem Stadtrat separat zu unterbreiten. Derzeit wird an einem neuen Leistungsvertrag mit der IKuR gearbeitet. Der Gemeinderat hat dabei beschlossen, dass im neuen Leistungsvertrag juristisch griffige Instrumente zu integrieren sind, um auf ungenügende Sicherheitsvorkehrungen und Gewaltvorfälle auf dem Vorplatz entsprechend zu reagieren. In diese Überprüfung fliessen auch die in der vorliegenden Motion genannten Punkte ein.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 29. April 2015

Der Gemeinderat